

Bombenattentat auf Mussolini

Genf, 11. September (Drahtbericht).

In der 1. Nachmittagsstunde tauchte in den Wandelhallen des Völkerbundes das Gerücht auf, daß heute vormittag gegen 9 Uhr in Rom auf Mussolini, der sich auf dem Wege nach dem Palazzo Chigi befand, ein Bombenattentat verübt worden sei. Mussolini sei unverletzt geblieben, während zwei Herren seiner Begleitung schwer verletzt worden seien. — Das hier bestimmte aufstrebende Gerücht wurde von Holland aus in Basel und daraufhin auch in Genf bekannt. Die Richtigkeit erscheint hier glaubhaft, doch liegt eine amtliche Bestätigung noch nicht vor.

Deutsche Volkspartei. (Die katholische Bayerische Volkspartei ist natürlich im Sinne des Zentrums zu nehmen.) Außerhalb des Bundes dieser Parteien blieben auf der Linken die Kommunisten, auf der Rechten die Deutschnationalen und die Völkischen. Uns können hier nur die Deutschnationalen interessieren, da die anderen radikalen Parteien keinen Anspruch darauf machen, ernst genommen zu werden.

Wie häufig sind in der Vergangenheit dem Zentrum von rechts her scharfe Vorwürfe gemacht worden, wenn es in rein politischen Fragen mit der Sozialdemokratie zusammenging, wenn es sogar Koalitionen mit ihr erzielte oder bildete. Sofort wurde bei solchen Gelegenheiten der berühmte und schöne Spruch vom „Linschurs“ des Zentrums in alle Rechtsblätter hineingeschrieben und mit vielem Aufwand leichtgläubigen Lesern präsentiert. Es ist wohl heute an der Zeit, folgende Frage zu stellen: Würde der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, wären überhaupt die ganzen vorhergehenden Etappen des Wiederaufbaus, die bis Locarno und Genf führten, möglich geworden, wenn das Zentrum nicht mit der Sozialdemokratie zusammengegangen wäre? Nein! Die notwendige Mehrheit für diese Politik des Wiederaufbaus hätte nirgends sonst gefunden werden können. Und wir müssen uns in diesem Zusammenhang erinnern, daß früher auch die Deutsche Volkspartei noch nicht so ganz mit Herz und Gemüt bei der Völkerbundsache war, da sie lieber bestrebt war, von ihrer deutschnationalen Schwesterpartei ein Dankeschön zu ernten, als für die Idee des Friedens energisch einzutreten. Freilich konnte man das sehr gut verstehen, wenn man bedenkt, daß die Volkspartei eigentlich heute noch nicht weiß, aus welchen Atomen sie im Grunde zusammengesetzt ist. Von welchem Stoff eigentlich die verbindenden Ideen kommen sollen. Erst unter der zielbewußten Führung Stresemanns hat man sich wenigstens zur positiven Außenpolitik der Mitte bekehrt. Aber auch von dem Moment an, wo die Volkspartei mitmachte, war es noch nicht möglich, ohne die Sozialdemokratie die Locarno- und Genf-Politik im Reichstag durchzusetzen. Es hätte also dieser mineure christliche Gedanke des Völkerbundes für Deutschland ohne den berühmten „Linschurs“ des Zentrums gar nicht Wirklichkeit werden können. Wo liegt hier die größere Christlichkeit? Bei den christlichen Gedanken des Völkerbundes verdammten Rechten oder bei der Mitte, die sich nicht scheute, in Folge ihres Zusammenarbeitens mit der Linken den Spott einer Oppositionspartei zu ernten? Wir sparen uns die Antwort, da sie allzu einleuchtend ist. Es ist aber sehr merkwürdig, daß wir uns heute und auch in der Zukunft an diesen Fall erinnern. Denn das Zentrum wird auch in Zukunft immer wieder bei dieser oder jener Gelegenheit dort ihre Hilfskräfte suchen, wo sie am geringsten vorhanden sind. Und es wird wegen dieser Haltung immer wieder irgendwo verhöhnt werden. Wir müssen dann wissen, daß es besser ist, eine christliche Idee praktisch zu verwirklichen, als das Christentum bei dieser oder jener Gelegenheit im Munde zu führen.

III dies wird nicht gesagt, etwa um einige schöne Worte der Sozialdemokraten zu ernten, sondern um der Wahrheit zu dienen und um erneut festzustellen, daß das Zentrum zwar eine Partei der Mitte ist, daß es sich aber — weil es allein zur Lösung einer Aufgabe zu schwach ist — seine Bundesgenossen immer von Fall zu Fall dort holen muß, wo sie sind. Das kann heute auf der Linken und morgen auf der rechten Seite sein. Immer dort, wo man den Prinzipien des Zentrums in einer ganz bestimmten Frage am nächsten steht. Und wir würden es aufrichtig begrüßen, wenn schon bald, sehr bald die Zeit käme, wo die Deutschnationalen sich den Prinzipien der staatserkhaltenden Mitte soweit näherten, daß auch mit ihnen regiert werden könnte.

Der jetzige Deutschnationaler Parteitag in Köln hat hierzu die Aussicht allerdings selber noch nicht freier gemacht. Die Deutschnationalen wollen zwar in die Regierung hineinkommen, aber sie bringen andererseits noch nicht den Entschluß auf, die letzten Hindernisse dazu fortzuräumen. Und es klingt gerade nicht nach Aufrichtigkeit, wenn man erneut behauptet, es läge einzig und allein am Zentrum, ob die Deutschnationalen in die Regierung einzutreten sich bereit fänden. Mit dieser alten Taktik kommt man einfach nicht weiter. Die Schwierigkeiten liegen absolut nicht bei der Mitte, sondern im Verhalten der Rechten selbst. Zwar hat es den Anschein, als ob man sich jetzt mit den Etappen Locarno und Genf, nachdem sie Tatsache geworden sind, abfinden will, aber was nützt uns denn eine solche Politik, die vorher sich als scharfste Gegnerin einer Aktion darstellte und nachher, wenn das Werk gelungen ist, auch Anteil an den Früchten dieser Aktion haben möchte. Solche unbeständige Faktoren kann man in der Politik nicht gebrauchen.

Wir können sehr wohl die missliche Lage begreifen, die heute von den Deutschnationalen empfunden wird, weil die Entwicklung der Dinge über sie hinweggegangen ist. Und man könnte sogar diese Lage würdigen, wenn von nun ab wenigstens eine positive Linie eingehalten würde. Aber nach all dem, was bis jetzt auf dem Kölner Parteitag geredet worden ist, kann man keine entscheidenden Anhaltspunkte zum Besseren finden. Trotz des starken Hinweises, daß das Zentrum doch gemeinsame christliche Grundsätze mit der Rechten habe. Und trotz der starken Betonung, daß die Bahn für das Reichsschulgesetz frei wäre, wenn die Deutschnationalen in die Regierung kämen. Die Verbindung folgt logisch: Das Zentrum muß dafür ein für allemal die Sozialdemokraten lassen. Das bedeutet allzu sehr auf Parteigeiz hin. Soll der Deutschnationaler Redner in Köln auch etwas sagen wollen (sicherlich kann das voll und ganz in seinen Worten

Spaniens Austritt aus dem Völkerbunde

Das Echo der Aufnahmehitzung — Ein Abkommen zur Befriedung der besetzten Gebiete

Genf, 11. September.

Der französische Konflikt in Genf erschien in den heutigen Mitteilungen auf dem Generalsekretariat des Völkerbundes, um eine in der Nacht eingetroffene Note seiner Regierung zu überreichen, in der Spanien seine Kündigung auspricht.

Genf, 11. September.

Im Laufe des heutigen Tages findet keine Vollversammlung statt. Vielmehr treten sämtliche sechs Delegationen des Völkerbundes zusammen. Voraussichtlich wird bereits je ein Mitglied der deutschen Delegation auf diesen Sitzungen teilnehmen.

Die deutsche Delegation ist in den sechs Kommissionen des Völkerbundes folgendermaßen vertreten: In der ersten (juristische Kommission) durch Reichsaußenminister Dr. Stresemann und Dr. Gaus, in der zweiten (für Organisationsfragen) durch Freiherrn von Helldorf, in der dritten Kommission (für Vorklagefragen) durch Graf Bernstorff, in der vierten Kommission (Finanzkommission) durch Professor Koss, in der fünften (für soziale Fragen) durch Reichssekretär und in der sechsten (politische Kommission) durch Staatssekretär von Schubert.

Was die nächste Arbeit des Völkerbundes angeht, so werden große politische Fragen nicht mehr zur Debatte gestellt.

Die Hauptfrage ist die Regelung der Mitgliedschaft im Völk. die nacheinander unter Mitwirkung Deutschlands angenommen wird. Falls nicht noch unerwartete Schwierigkeiten durch die Haltung Spaniens eintreten, werden sich die Kandidate wie folgt verteilen: Ständige Mitglieder: Deutschland, Frankreich, England, Italien, Japan; nichtständige Mitglieder: die für ein Jahr gewählt werden: Belgien, Kolumbien und Uruguay. — Nichtständige Mitglieder, die für zwei Jahre gewählt werden: Holland, Kuba und Rumänien. — Mitglieder, die für drei Jahre gewählt werden und deren Wiederwahlberechtigt zugleich festgestellt wird, würden dann sein: Polen, Spanien und China.

Stimmen der Auslandspresse

New York, 11. September. Die Washingtoner Meldungen lesen in der Besprechung der heutigen Rede Briand's besonderten Nachdruck auf die Worte „was mit den Malchinsinensern usw.“ und drücken die Hoffnung aus, daß Frankreichs Regierung bereit sein werde, Briand's Forderungen wahr zu machen. Die Zeitung in Washington ist sehr befriedigt, daß sie an den Genfer Verhandlungen unbeteiligt ist, und diese als Außenstehender betrachtet.

„Herald“ und „Tribune“ meint, die herzliche Aufnahme Deutschlands sei von größter Bedeutung für Europas Frieden. Die Vereinigten Staaten Europas seien ein Traum, der Völkerbund bedeute indes ein Mittelglied zwischen einem Staaten-Bund und ungebundenen Völkern. Die Bewandlung des Völkerbundes in eine weltweite europäische Völkervereinigung sei aktuellste Aufgabe, die Europa vor sich habe. Deutschland gelte in die Kürve, aber der Europa wohlwollte, werde seinen Eintritt beifällig begrüßen.

Paris, 11. September. Die Pariser Presse hatte noch keine Gelegenheit, sich zu den Reden Stresemanns und Briand's in Genf zu äußern. Nichtsdestoweniger kann bereits jetzt festgestellt werden, daß insbesondere die Ausführungen Dr. Stresemanns auf die große Masse einen bedeutenden Eindruck hervorgerufen haben. Von den gestrigen Erklärungen Stresemanns gegenüber den ausländischen Pressevertretern wird besonders der Rufus „friedliche Zusammenarbeit“ hervorgehoben. Man versteht hier darunter den baldigen Beginn der vollständigen Räumung des linken Rheinuferes. Im nationalpolitischen Lager erwartet man, daß nacheinander in Frankreich die Bearbeitung der öffentlichen Meinung für eine schnelle Räumung als im französischer Vertrag vorgelesen ist, einsehen wird und daß diese

verborgen sein): „Unsere Unterstützung für das Reichsschulgesetz erhält das Zentrum nicht, wenn wir nicht in die Regierung kommen.“ Der wahrhaftig christlich denkt, muß unter allen Umständen, selbst wenn er sich politisch in der Opposition befindet, dem christlichen Charakter des Reichsschulgesetzes zum Siege verhelfen. Da gibt es gar keine Bedingungen. Wer sie stellt, verrät seine andere Gesinnung. Auch ist es bedauerlich, daß auf dem Kölner Parteitag scharfe Worte gegen den Reichskanzler Marx gefallen sind. Das trägt doch wahrlich nicht zu der so wünschenswerten Annäherung an das Zentrum bei. Auch hätte sich der Abg. Wallraf in der Kölner Schlussrunde ruhig die Belehrung ersparen können, daß Zentrumspartei und Katholizismus in ihrer Weisheit grundverschieden seien. Wir sind selbst genügend philosophisch und theologisch gebildet, daß wir über diese Dinge keines Lehrmeisters bedürfen.

Man könnte noch manche Dinge, von denen auf dem Kölner Parteitag gesprochen wurde, einer Kritik unterziehen. Vor allem auch jene, die rein politische Natur sind. Manches schöne Worte sind gefallen, wie „Wiedergewinnung des Rechts- und Ordnungsstaates“, „Arbeit an der Befreiung von äußerer Fremdherrschaft“ usw. Aber mit Enthusiasmus allein ist uns nicht gedient. Die Regierungsparteien haben bereits auf Grund ihrer Politik deutsche Landesteile befreit, sie haben aus dem Chaos von 1918 bereits einen Staat gemacht, in dem Recht und Ordnung — soweit diese Begriffe von der Opposition nicht illusorisch gemacht werden — herrschen. Die Mittelparteien haben also bereits vaterländische, echt nationale Politik getrieben. Jeder, der sich zu dieser Politik bekennt, kann mitarbeiten und in die Regierung eintreten.

Es wäre also besser gewesen, wenn man in Köln unter Aufgabe des einseitigen Parteigeistes die Brücke zur Mitte hin bereits zu bauen begonnen hätte, anstatt über den Abgrund hinüberzurufen: Das Zentrum ist schuld daran, daß wir den ersten Brückenpfeiler nicht errichten können. Nur etwas Mut zur Arbeit, etwas Mut zur Selbstaufopferung für unser deutsches Vaterland — nur ein klein wenig Anerkennung der allgemeinen Menschenrechte, und Deutschland kann sich neuer Baumaterial in dieser so ersten und schweren Zeit rühmen. Ist es denn wahrlich so schwer, die Abneigung gegen den jetzigen Staat in freudige aufwärtsstrebende Bereitschaft zu verwandeln?

Räumung wahrscheinlich 1927 beendet sein würde. Nach dem Berliner Korrespondenten des Paris Bild würde es sich nur um die Frage handeln, welches sind die finanziellen Entschädigungen, die das Reich Frankreich anbietet, um eine frühere Räumung der besetzten Gebiete zu erreichen.

London, 11. Sept. Die „Times“ äußert sich über die Rolle, die Deutschland voraussichtlich innerhalb des Völkerbundes spielen werde. Deutschland werde letzten Endes die Revision gewisser materieller, sogar territorialer Bedingungen des Versailler Vertrages an Deutschland „angeblicher“ Wunsch, ein Mandat zu erhalten, könne gegenwärtig als gegenstandslos betrachtet werden, da kein Mandat verfügbar ist. Die Veränderung der gegenwärtigen Lage in Europa ist zugunsten des deutschen Ziel. Wenn Deutschland die von ihm gewünschten Ziele erreichen sollte, so sollte es zeigen, daß diese Ziele Europa zugute kommen. Die letzte Zusammenarbeit Deutschlands mit Vertretern der früher feindlichen Staaten an dem gleichen Tische werde den Prüfstein für die Zweckmäßigkeit des Völkerbundes bilden. — „Westminster Gazette“ sagt, Deutschland werde wahrscheinlich in nächster Zeit Erleichterungen für die Lage im besetzten Gebiete, im Saargebiet, zu erlangen suchen, und wenn es zu einem baldigen Zeitpunkt die Abhängigkeitsfrage aufwerfe, so könne kein gerecht denkender Mensch davon Nutzen nehmen. Es könnte jedoch eine Regierung in Europa geben, die nach 7 Jahren nicht die entsprechende Behandlung vorzuziehen, wenn nicht aller Fragen im Jahre 1919 bedauert.

Das Rheinlandabkommen

Brüssel, 11. September. Die auf Anregung der Völkervereinigung von den Bevollmächtigten der beteiligten Regierungen in Koblenz aufgenommenen Verhandlungen zur Befriedung der besetzten Gebiete wurden nach mancherlei Schwierigkeiten die Verhandlungen, die auch im Reichstag erörtert wurden, nunmehr abgeschlossen. Darin wird u. a. bestimmt: Von seiten der deutschen Regierung wird erklärt: a), daß sie über alle Mittel, über die sie verfügt, mit Einschluß derjenigen der Justizverwaltung anwenden wird, um zu verhindern, daß unmittelbar oder mittelbar Vergeltungsmaßnahmen gegen irgend jemand wegen seines Gehörns gegen die Anordnungen der Besatzungsbehörden wegen Diensten, die er ihnen geleistet, oder wegen Beziehungen, die er mit diesen Behörden unterhalten, ergriffen werden; b), daß Fragen, die in den genannten Gebieten wegen der Wirkungen der während der Besetzung durch die Rheinlandkommission getroffenen und zur Kenntnis der deutschen Behörden gelangten Entscheidungen aufstehen könnten, Gegenstand eines Vergleichsverfahrens sein werden.

Von seiten der in der Rheinlandkommission vertretenen Regierungen wird erklärt: a), daß binnen zwei Wochen nach Inkrafttreten der Abmachung den deutschen Behörden die deutschen Reichsangehörigen übergeben werden, die in Gefangnissen der besetzten Gebiete in Haft oder verurteilt wurden, die sie im Ruhrgebiet, in den Westfälischen Kreisen, in der Provinz Westfalen oder in der sogenannten „Kölner Zone“ begangen. Ausgenommen sind nur solche Personen, die Verbrechen gegen das menschliche Leben mit Todesstrafe begangen; b), daß sie völlige Straflosigkeit für alle Straftaten gewähren, die in den besetzten Gebieten seit Beginn der Besetzung bis zum 1. Februar 1926 begangen sind. Es besteht ein Einverständnis darüber, daß die mit der Sache befaßten Behörden, wenn ihnen solcher Fall angezeigt wird und die Fortsetzung des Verfahrens den Abmachungen zumider sein würde, keine Maßnahmen treffen werden, die den andern Teil vor vollendete Tatsachen stellen würden, solange die oben vorgezeichneten Erörterungen schweben. Sollten die Vorbesprechungen nicht zu einer Einigung führen, so ist jeder Zeit berechtigt, die Angelegenheit mangels einer anderweitigen Entscheidung in ein vorläufiges Schiedsverfahren zu bringen.

Mit dem 10. September, dem Tag der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, hat die Grundlage, auf der der Frieden von Versailles geschlossen war, sich ganz und gar verändert und aus dem Block der Siegerstaaten die seitdem den Völkerbund bildeten, ist etwas völlig anderes, größeres geworden. Feinde von ehemals haben sich die Hand gereicht, um den Frieden zu garantieren. Es war ein mühevoller, von Dornen überwuchelter Weg, der nach Genf hinführte. — Wenn ganze Völker sich nicht scheuen, diesen mühsamen Weg zu gehen, um einander in Frieden näherzukommen, kann es dann Hindernisse im Innern eines einzelnen Volkes geben, die wirklich so groß und dochwehnen wären, daß eine ehrliche Partei sie nicht überwinden könnte?

Schluss des Deutschnationalen Parteitages

Köln, 11. September. In der gestrigen Sitzung des Deutschnationalen Parteitages sprachen Reichslandtagsabg. Schulze-Frankfurt und Abg. Herxeldt über die Frage des Reichsschulgesetzes. Der Vorsitzende Abg. Wehnap folgte die Ausführungen dahin zusammen, daß das christliche Schulgesetz notwendig sei wie das bürgerliche Recht. Dem Zentrum rief er zu: Die Bahn für das christliche Schulgesetz sei frei, falls es ohne Rücksicht auf die Sozialdemokratie mit den Deutschnationalen gehen möge.

In seinem Schlusswort sprach Graf Westphal auch auf den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ein. Die Deutschnationalen seien nicht in der Lage, aus diesem Ereignis den Schluss zu ziehen, daß eine bessere Zeit für Deutschland kommen werde. Mit dem gemeinsamen Gelang des Deutschlandliedes fand der Parteitag seinen Abschluß.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Wetterungsauflagen. Vorwiegend wolkig ohne nennenswerte Niederschläge. Temperatur im allgemeinen wenig geändert. Höchsttemperaturen etwas niedriger. Südwestliche bis westliche Winde mäßiger Stärke. Vorhersage für Montag: Bei westlichen Winden schwacher Temperaturrückgang. Neigung zu leichten Regenschauern.

Auf Seite 8 dieser Nummer in dem „Zentral“ der Firma Tuchs aus Ernst und W. m. b. H. findet sich ein Gutachten, das zu einer Sondervergütung beim Einkauf berechtigt. Wir machen unsere Leser auf die Vorteile dieses Angebotes besonders aufmerksam.